

**Antrag (EntschlieÙung) der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/
Die Grünen****Für Zivilcourage und Engagement gegen Extremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt**

1. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt mit allem Nachdruck fest, dass Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus im Lande Bremen nicht geduldet werden und unmissverständlich mit allen staatlich zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft werden müssen. Auch die Gesellschaft und jeder einzelne Bürger sind gefordert, in der Auseinandersetzung mit dem intoleranten Gedankengut extremistischer Ideologien Zivilcourage und Engagement zu zeigen.
2. Es ist eine Schande für Bremen und Bremerhaven, wenn die Mitglieder unserer jüdischen Gemeinden mitten unter uns wieder Angst vor Übergriffen rechtsextremistischer Gewalttäter haben müssen.

In Bremen und Bremerhaven leben mehr als 1.000 Personen jüdischen Glaubens. Sie haben, wie alle Bürgerinnen und Bürger, einen Anspruch auf ein Leben ohne Angst. Darum fordern die Mitglieder der Bürgerschaft (Landtag) alle Menschen in Bremen und Bremerhaven auf, jederzeit den Mut und die Bereitschaft zu zeigen, sich entschlossen und solidarisch gegen die unsäglichen Erscheinungsformen antijüdischer Gewalt zu stellen.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) drückt ihren Respekt und ihre moralische Unterstützung für das eindeutige Engagement bei der spontanen Demonstration von Schülerinnen und Schülern mehrerer Bremerhavener Schulzentren gegen die Schändung des Gedenksteins der ehemaligen Bremerhavener Synagoge und gegen die volksverhetzenden Schmierereien rechtsextremistischer Täter am Geschwister-Scholl-Schulzentrum in Bremerhaven aus. Es ist ein überzeugendes und eindeutiges Signal der jungen Generation für ein friedliches Zusammenleben in unseren Städten, das Mut macht.

Beckmeyer, Böhrnsen und Fraktion der SPD

Eckhoff und Fraktion der CDU

Karoline Linnert
und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen